

**Kurz und schnell:**

## **Atommüll Endlagersuche: Veröffentlichung Zwischenbericht Teilgebiete am 28. September 2020**

**Für ein wissenschaftsbasiertes, transparentes und beteiligungsorientiertes Verfahren - gegen billigen Populismus**

### **Aktueller Anlass:**

Am 28. September 2020 wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen „Zwischenbericht Teilgebiete“ vorlegen. In diesem Zwischenbericht werden Gebiete benannt, die – nach einer in den letzten Jahren erfolgten Prüfung auf der Grundlage einer „weißen Landkarte“ – für ein Endlager nicht in Frage kommen. In der Konsequenz werden alle anderen Regionen weiter untersucht, um am Ende dieser ersten Phase bis zu fünf Standortregionen zu benennen, die für eine übertägige Erkundung ausgewählt werden.

Es ist sicher, dass auch einige Gebiete Bayerns in diesem Zwischenbericht „übrig“ bleiben werden und es zu schnellen populistischen Reaktionen sowohl auf Landesebene wie regional kommen wird. Es ist zu befürchten, dass dies quer über die Parteien erfolgt.

### **Kurze Vorgeschichte:**

2013 wurde ein überparteilicher Entsorgungskompromiss geschlossen, an dem B90/Die Grünen entscheidend mitgewirkt haben. Dabei wurde die politisch motivierte Festlegung auf Gorleben aufgegeben und ein neuer Endlagersuchprozess beschlossen. In den Folgejahren legte eine Endlagerkommission die Grundlage für den weiteren Suchprozess, der 2017 in einer Novelle der Standortauswahlgesetzes (StandAG) mit grüner Beteiligung festgelegt und beschlossen wurde. Die CSU im Bundestag stimmte zu, die Bayerische Staatsregierung ließ im Bundesrat das Gesetz ebenfalls ohne Widerspruch passieren.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde das Suchverfahren begonnen und steht nun vor dem Zwischenbericht der ersten Phase.

### **Drei handelnde Institutionen**

- Die **BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung)** ist für die Endlagerung zuständig. Sie betreibt die Untersuchungen im jetzigen Verfahren und wird später für den Bau und den Betrieb des Endlagers zuständig sein.
- Das **BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** – früher BfE bzw. noch früher BfS) ist die Aufsichtsbehörde über die BGE und ist für die Öffentlichkeitsbeteiligung zuständig.
- Das **NBG (Nationale Begleitgremium)** ist eine unabhängige Begleitkommission. Sie setzt sich aus Personen des Öffentlichen Lebens und aus „Zufallsbürger\*innen“ zusammen.

## Die Ansprüche an das Suchverfahren

Das Standortauswahlgesetz formuliert klare Ziele für das neue Auswahlverfahren. Es soll **wissenschaftsbasiert, transparent, nachvollziehbar, partizipativ, ergebnisoffen und ein lernendes Verfahren sein, das Rücksprünge zulässt.**

## Der gesetzlich geplante Zeitablauf der Standortsuche:



In allen drei Phasen gibt es Beteiligungsverfahren. Am Ende jeder dieser drei Phasen trifft der deutsche Bundestag eine Entscheidung. Die Entscheidung über den Standort ist für 2031 geplant. Der Beginn der Einlagerung ist für 2050 vorgesehen. Die Einlagerung wird vermutlich etwa 30 Jahre dauern.

## Bisherige Kritik aus der Zivilgesellschaft

Im Unterschied zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Greenpeace und die bundesweite Anti-Atom-Initiative „ausgestrahlt“ das Verfahren von Anfang an kritisiert und sich deshalb schon an der Endlagerkommission nicht beteiligt. Sie kritisieren unter anderem, dass der Standort Gorleben nicht ausgeschlossen wurde und befürchten eine „Scheinbeteiligung“ um am Ende doch Gorleben durchzusetzen. Sie wünschen sich wesentlich intensivere Beteiligungsmöglichkeiten.

Der BUND/BN kritisiert an einzelnen Punkten auch das Verfahren und die Beteiligungsmöglichkeiten, hat sich bisher aber stets konstruktiv eingebracht.

Ein Mangel des Verfahrens war der Zugriff auf privaten Geologiedaten, da zahlreiche Erkenntnisse der Geologie im Besitz von Firmen sind, die nach Erdgas, Erdöl, Kohle oder heißem Wasser gesucht haben. Daraus folgten erhebliche rechtliche Probleme.

Ein weiterer Kritikpunkt war der „Wissensvorsprung“ der BGE und dass Umweltverbände und Betroffene mehr Zeit und finanzielle Mittel für die Kritik an der Arbeit der BGE erhalten sollen.

## Die Situation in Bayern

### Geologisch:

Grundsätzlich werden drei Wirtsgesteine für die Endlagerung in Betracht gezogen: Salzstöcke, Tonformationen, Kristallin (Granit). Es gibt kein bevorzugtes Wirtsgestein, jedes hat spezifische Vor- und Nachteile.

Für Bayern kommen vor allem die Granitformationen im ostbayerischen Raum in Frage: Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Fichtelgebirge. Im schwäbischen Bereich gibt es Tonformationen, die aber zum überwiegenden Teil in Baden-Württemberg liegen und nur zu einem geringen Teil die bayerischen Grenzen überschreiten.

Der gesamte Alpen/Voralpenraum wird vermutlich aus geologischen Gründen ausscheiden. Darüber welche Teile Frankens ausscheiden oder weiter in der Untersuchung bleiben, wurde in der Vergangenheit in den Medien spekuliert.

Einen groben Anhaltspunkt für in Frage kommende Gebiete bietet die Karte von „ausgestrahlt.de“:

<https://www.ausgestrahlt.de/informieren/atommuell/hochradioaktiv/standortsuche/karte/>

### Politisch:

Bayern spielt mal wieder eine Sonderrolle: Einerseits haben sowohl die CSU im Bundestag als auch die Staatsregierung im Bundesrat für das neue Endlagersuchverfahren gestimmt, andererseits torpedieren sie das Verfahren durch politische Äußerungen und Beschlüsse. Anstatt sich an dem wissenschaftlichen Verfahren zu beteiligen, legen sich CSU und Freie Wähler schon im Koalitionsvertrag 2018 fest: „Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.“ – Dabei hat der Deutsche Bundestag erst 2020 die Sicherheitsanforderungen für ein künftiges Endlager überhaupt beschlossen.

Überraschend hat Mitte September der bayerische Umweltminister Thorsten Glaube von den FW das gesamte Suchverfahren in Frage gestellt und die Uralt-Scheinlösung Gorleben wieder ins Spiel gebracht, obwohl es eine Reihe von Ausschlusskriterien gibt, die Gorleben unmöglich machen.

### **Grüne Position:**

- Wir kritisieren das Vorgehen der Staatsregierung: Es ist übelste Sankt-Florians-Politik sich erst für ein transparentes und wissenschaftliches Verfahren zur Endlagersuche auszusprechen und es dann hinterhältig durch politische Äußerungen und per Koalitionsvertrag zu untergraben. Dies ist umso mehr zu kritisieren, als in Bayern mehr als ein Viertel des hochradioaktiven deutschen Atommülls produziert wurde und immer noch wird.
- Wir Grüne unterstützen das laufende Verfahren und werden daran konstruktiv mitarbeiten. Unabhängig davon, dass wir Grüne immer gegen die Atomkraft gekämpft haben, ducken wir uns nicht weg und versuchen der Verantwortung für viele Tausende Generationen gerecht zu werden.

- Es wird zweifellos ein schwieriger Prozess und eine schwierige Entscheidung. Darum sind für uns Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger\*innen ein zentrales Element, um das Suchverfahren zum Erfolg zu führen.
- Wir fordern alle zu einem konstruktiven und ehrlichen Dialog auf. Es gilt die eigenen Interessen mit guten Argumenten zu vertreten, aber auch die Argumente anderer anzuhören. Aber wir werden allen Versuchen entgegenzutreten, das Atommüllproblem ins Ausland oder noch mehr in die Zukunft zu verlagern.
- Dabei werden wir nicht vergessen, dass der Atommüll in den vorhandenen Zwischenlagern einer „tickenden Zeitbombe“ gleicht. Es geht also auch um den Faktor Zeit.

## Wie geht es nach dem 28. September weiter?

Mit der Veröffentlichung am 28. September per Pressekonferenz und auf der Homepage der BGE wird eine Hotline eingerichtet und ein Dialogverfahren per Email mit der BGE eröffnet. Am 17./18. Oktober wird der Zwischenbericht Teilgebiete auf der Auftaktveranstaltung der sog. Fachkonferenz Teilgebiete vorgestellt. Die Fachkonferenzen Teilgebiete werden vom BASE durchgeführt (siehe weiter unten).

Ab 19. Oktober bietet die BGE Online-Teilgebietssprechstunden an.

Im Anschluss ist die BGE bereit auf Einladung in den Regionen den Bericht vorzustellen.

Das BASE organisiert im Anschluss an die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete vier Fachkonferenzen:

- Die Auftaktkonferenz am 17./18. Oktober.
- Drei weitere Konferenzen im Februar, April und Juni 2020

## Auswahl an links:

Die Informationsplattform des BASE zur Endlagersuche: <https://www.endlagersuche-infoplattform.de/>

Anmeldung zur Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete (Anmeldeschluss für die Online-Teilnahme ist der 16.10.2020): <https://meetingmasters.events/moreEvent-base/public/event/704/home?iframe=false&eventUrl=Fachkonferenz>

Die Seite des Nationalen Begleitgremiums: [https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/Home/home_node.html)

Die Seite des BUND zur Endlagersuche: <https://www.bund.net/themen/atomkraft/atommuell/lagersuche/aktuelles/>

Das Infoportal von ausgestrahlt: <https://www.ausgestrahlt.de/informieren/atommuell/hochradioaktiv/standortsuche/>

Stand: 18.9.2020

Kontakt: Martin Stümpfig, MdL, Energie- und klimapolitischer Sprecher,  
[martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de)